

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

---

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

18.00 Uhr - 20.50 Uhr

Anwesend waren:

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

**SPD**

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -

I. Bürgermeisterin Lina Meyer

II. Bürgermeister Eiwin Scholl

Ratsherr Hans Abels

Ratsherr Dieter Dilling

Ratsherr Reinhard Docter

Ratsfrau Herta Everwien

(bis 19.45 Uhr)

Ratsherr Hans Grigull

Beigeordnete Helga Grix

Beigeordneter Jürjen Heinks

(bis 19.30 Uhr)

Ratsfrau Inge Hoffmann

Ratsherr Horst Jahnke

Ratsherr Richard Janssen

Ratsherr Wilhelm Jerems

Beigeordneter Wilhelm Leeker

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsherr Friedhelm Merckentrup

Ratsfrau Elfriede Meyer

Ratsherr Karl-Gerhard Pauels

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Ihno Slieter

Ratsherr Johann Südhoff

Beigeordnete Jenny Tamminga

Ratsherr Johann Wessels

Ratsherr Richard Woldmer

**CDU**

Ratsherr Ahlrich Groeneveld

Ratsherr Reinhard Hegewald

Ratsherr Uwe Hellmann

Ratsfrau Monika Hoffmann

Beigeordneter Heinz Werner Janßen

Ratsfrau Sieglinde Kaune

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr Werner Vollprecht

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

---

### Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken  
Ratsherr Günter Strelow  
Ratsherr Hermann Züchner

### F.D.P.

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser  
Ratsherr Erich Bolinius

### von der Verwaltung

Erster Stadtrat Ludwig Hemken (bis 19.30 Uhr)  
Stadtbaurat Jan Röttgers  
Stadtrat Ewald Fürst  
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt  
Museumsdirektor Dr. Friedrich Scheele  
Stadtangestellte Ursula Pientka als Protokollführerin

ca. 70 Zuhörer  
Vertreter der örtlichen Presse

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Dr. Kleinschmidt** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 39 Ratsmitglieder anwesend.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

**Herr Brinkmann** teilt mit, die Vorlage 13/917 "13. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Friedhöfe der Stadt Emden" (TOP 14) werde abgesetzt, da keine Vorbereitung durch den VA erfolgt sei.

Ferner werde die Vorlage 13/435/5 "2. Änderung des Bebauungsplanes D 125" (TOP 21) abgesetzt, da in diesem Fall der VA das beschlussfassende Gremium sei.

Die Vorlage 13/1075 "Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben" (TOP 15) werde ergänzt durch die Vorlage 13/1098 "Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben".

Zur Vorlage 13/907 "Rechtsformänderung des Krankenhauses" sei heute Nachmittag ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion eingegangen folgenden Inhaltes:

"Die SPD-Ratsfraktion beantragt die sofortige Umwandlung des bisher als Regiebetrieb geführten Emdener Krankenhauses in einen Eigenbetrieb mit größtmöglicher Selbständigkeit im Rahmen der NGO. Eine entsprechende Satzung ist für die Ratssitzung im Februar 2000 vorzubereiten.

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

Zugleich wird eine Projektgruppe durch Ratsbeschluss eingesetzt, die den organisatorischen Weg des Eigenbetriebes und die inhaltliche Entwicklung des Krankenhauses begleiten soll und ggf. die weiteren Vorteile einer GmbH-Lösung ausarbeitet. Die Frist für die Erledigung beträgt ein Jahr.

Dieser Projektgruppe gehören an:

- Vertreter aller im Rat vertretenen Parteien nach NGO
- Vertreter der Stadtverwaltung
- Vertreter der ÖTV
- Vertreter des Gesamt- und Krankenhauspersonalrates
- externe Experten (u.a. aus der Fachhochschule Ostfriesland)

Vorteile dieses Vorgehens sind:

1. Die bisher unvollständige und von allen Fraktionen abgelehnte Vorlage der Verwaltung ist erledigt.
2. Die für die Rechtsformänderung erforderliche Zeit für Verhandlungen mit den Beteiligten kommt zustande und parallel dazu entwickelt sich das Krankenhaus in Richtung Selbständigkeit in Begleitung des Rates.
3. Es soll sofort
  - eine neue Dienstanweisung/Satzung nach dem Vorbild anderer Krankenhäuser erlassen werden, die die Verteilung der Aufgaben regelt
  - ein neues Führungsteam eingerichtet werden mit einem Betriebsdirektor, der bei Bewährung Geschäftsführer einer GmbH werden kann - sofern diese eingerichtet wird
  - das Gespräch mit dem Personalrat wegen der Rechtsformänderung beginnen ohne weitere Verzögerung
  - eine wirksame Prüfung der Aufbau- und Ablauforganisation ggf. unter Hinzuziehung externer Berater durchgeführt werden
  - die zukünftige medizinische und gesundheitspolitische Ausrichtung festgelegt werden (Stichwort Gesundheitszentrum)
  - das Gespräch mit den Nachbarkrankenhäusern bezüglich einer wirksamen Kooperation zur Kostendämpfung ohne Hindernisse durch unterschiedliche Rechtsformen geführt werden
  - aller Sachverstand in der Stadt mobilisiert und Reibungsverluste vermieden werden."

Sowohl vom juristischen Dienst als auch vom zuständigen Mitarbeiter des Hauptamtes sei ihm dargelegt worden, dass dieser Änderungsantrag zwar zulässig sei, heute aber nicht Gegenstand der Tagesordnung sein könne, da er eine wesentliche Änderung gegenüber der Beschlussvorlage hinsichtlich der Auswahl der Rechtsform darstelle und nicht Beratungsinhalt der ratsvorbereitenden VA-Sitzung am 13.12.1999 gewesen sei.

Die Vorbereitung der Ratsbeschlüsse durch den VA sei jedoch zwingend durch § 57 Abs. 1 NGO vorgeschrieben. Ein Verstoß gegen diese gesetzliche Zuständigkeitsregelung habe

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

zur Folge, dass der Ratsbeschluss unwirksam werde. Man könne deshalb heute nur über den vorliegenden Beschlussentwurf

"Das Hans-Susemihl-Krankenhaus ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt in eine GmbH umzuwandeln.

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, gemäß § 1 GmbH-Gesetz zu handeln."

abstimmen.

Ferner sei ihm vor der Sitzung folgender Antrag der F.D.P.-Fraktion zugegangen:

"Das Hans-Susemihl-Krankenhaus wird, sobald eine Kommission, bestehend aus

je einem Mitglied der Verwaltung, der Krankenhausleitung, des Personalrates und je einem Vertreter der Ratsfraktionen,

die Ausarbeitung des Gesellschaftsvertrages erstellt und die zukünftige Struktur des HSK festgelegt hat, jedoch spätestens am 1. Juli 2000, in eine GmbH umgewandelt."

Hier handele es sich um einen Ergänzungsantrag zur Vorlage, über den abgestimmt werden könne.

**Herr Leeker** führt aus, man nehme die Argumentation der Verwaltung zur Kenntnis und werde diese prüfen. Seine Fraktion habe erst am Dienstagabend einen Beschluss zustande gebracht, der einen Kompromiss darstelle und von dem sie natürlich nicht abgehen könne, weil er gemeinschaftlich ausgehandelt worden sei. Da darüber nicht abgestimmt werden könne, müsse heute die Beschlussvorlage abgelehnt und in der nächsten Ratssitzung über den Antrag beraten werden.

**Herr Bolinius** bemerkt, er habe vorsorglich zu Beginn der Tagesordnung den Antrag gestellt, werde ihn aber unter TOP 16 nach seinem Redebeitrag wiederholen.

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

**Punkt 3:** Genehmigung der Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.09.1999

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.09.1999 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 4:** Vorlage 13/16/2  
Bildung des Schulausschusses;  
Nachträgliche Benennung sonstiger stimmberechtigter Mitglieder

**Beschluss:** Der Rat stellt nachfolgende ergänzende Besetzung des Schulausschusses fest:

### **Sonstige stimmberechtigte Mitglieder:**

**Schülervertreter/in der allgemeinbildenden Schulen**

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

Thorsten Kiehl, Korvettenweg 32, 26723 Emden

Stellvertreter/in:

1. Benjamin Schöningh, Vierhausen 46, 26725 Emden
2. Stefan Düselder, Petkumer Straße 153, 26725 Emden

### **Schülervertreter/in der berufsbildenden Schulen**

Sabine Linke, Drosselweg 13, 26759 Hinte

Stellvertreter/in:

1. Katja Bartels, Bürgermeisterring 17, 26736 Krummhörn-Jennelt
2. Marco Faß, Okkewehrstraße 4, 26723 Emden.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/9/5  
Umbildung eines Ratsausschusses

Beschluss: Der Rat stellt nachfolgende Veränderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses fest:

B Beratende Mitglieder:

7. Elternvertreter/in von Kindertagesstätten

Für Frau Dagmar Blössl wird benannt:

Frau Carola Wonhöfer, Marderweg 8 b, 26725 Emden.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Vorlage 13/846/1  
Besetzung von Gremien;  
Gesellschafterversammlung der "Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (GVZ-E)"

Beschluss: Der Rat benennt für die Gesellschafterversammlung der "Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (GVZ-E)":

1. Oberbürgermeister Alwin Brinkmann
2. den Leiter des Fachbereiches "Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung".

Ergebnis: einstimmig

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

Punkt 7: Vorlage 13/1039  
Entlastung der Geschäftsführung der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH, Emden, - AAGE - für das Geschäftsjahr 1998

(Die Herren Leeker, Merkentrup und Janßen nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der AAGE - der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH, Emden, - werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 1998 anzunehmen,
2. mit dem ausgewiesenen Bilanzgewinn den Verlustvortrag aus 1997 abzudecken,
3. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 1998 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig  
Befangen: 3

Punkt 8: Vorlage 13/1007  
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 1998 des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR

Kenntnis genommen.

Punkt 9: Vorlage 13/1038  
Entlastung der Geschäftsführung des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden für das Geschäftsjahr 1998

**Herr Hemken** gibt eine abweichende Beschlussempfehlung bekannt, und zwar solle der Gewinn nicht vorgetragen, sondern dem Eigenkapital zugeführt werden.

Abweichender Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 1998 anzunehmen,
2. den Gewinn in Höhe von 32.871,38 DM dem Eigenkapital zuzuführen,
3. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 1998 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

Punkt 10: Vorlage 13/1040  
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der GEWOBA Emden, Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, für das Geschäftsjahr 1998

(Die Herren Brinkmann, Abels, Jerems und Hegewald sowie Frau Grix, Frau E. Meyer, Frau Pohlmann und Frau M. Hoffmann nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der GEWOBA Emden, Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 1998 anzunehmen,
2. den ausgewiesenen Bilanzgewinn 1998 von 67.406,99 DM in andere Gewinnrücklagen einzustellen,
3. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1998 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig  
Befangen: 8

Punkt 11: Vorlage 13/1035  
Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Emden für das Geschäftsjahr 1998

(Die Herren Brinkmann, Heinks, Janssen, Mecklenburg, Merkentrup und Vollprecht sowie Frau Grix, Frau I. Hoffmann und Frau L. Meyer nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

**Herr Dr. Beisser** führt aus, seine Fraktion werde der Entlastung des Verwaltungsrates nicht zustimmen. Aus dem Geschäftsbericht 1998 sei ersichtlich, dass das Handling des Verwaltungsrates in Bezug auf die Entlastung der Vorstandsmitglieder so nicht in Ordnung gewesen sei und die sich daraus ergebenden Einbußen und Verluste vermeidbar gewesen wären.

Beschluss: Gemäß § 26 NSpG wird beschlossen, dem Verwaltungsrat der Sparkasse Emden für das Geschäftsjahr 1998 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 2  
Befangen: 9

Punkt 12: Vorlage 13/1041  
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Stadtwerke Emden GmbH für das Geschäftsjahr 1998

(Die Herren Brinkmann, Docter, Grigull, Jahnke, Groeneveld und Janßen sowie Frau Tamminga nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 1998 anzunehmen,
2. den Jahresüberschuss von 140.209,01 DM abzüglich Kapitalertragsteuer an den Betrieb gewerblicher Art "Bäder" der Stadt Emden auszuschütten,
3. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1998 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig  
Befangen: 7

Punkt 13: Vorlage 13/1047  
Tarif der Stadt Emden über Gebühren- und Beitragssätze der Abfallbeseitigung für das Haushaltsjahr 2000

**Herr Hemken** bezieht sich auf die Beratung dieses Punktes im Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Finanzen sowie im VA. Die Verwaltung empfehle, den Tarif über Gebühren- und Beitragssätze der Abfallbeseitigung zunächst unverändert für das Jahr 2000 zu beschließen, obwohl bekannt sei, dass die Steuerpflicht für die DSD-Leistungen einen Mehraufwand von 450.000 DM erforderlich mache.

Ferner sei durch die geringere Abnahme von hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen, die zum Teil als verwertbar deklariert werden könnten, mit Mindereinnahmen von 450.000 DM zu rechnen. Durch den Neuabschluss der DSD-Verträge komme ein weiterer Kostenmehraufwand von 100.000 DM hinzu, so dass insgesamt zu befürchten sei, dass das Jahr 1999 mit einem Verlust von etwa 1 Mio. DM abschließen werde.

Trotzdem wolle man nicht mit einem Schnellschuss reagieren, sondern im ersten Quartal des Jahres 2000 beraten und entscheiden, ob der alte Tarif reformiert und ein neues Wiegesystem eingeführt werden solle. Vorher werde man jedoch eine Rechnung vorlegen, wie die Auswirkungen für den Einzelnen seien.

Beschluss: Der Rat beschließt den der Vorlage als Anlage beigefügten Tarif der Stadt Emden über Gebühren- und Beitragssätze der Abfallbeseitigung für das Haushaltsjahr 2000.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 14: Vorlage 13/917  
13. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Friedhöfe der Stadt Emden

Ergebnis: Dieser TOP wurde abgesetzt.



## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

Punkt 15a: Vorlage 13/1075  
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i.V.m.  
§ 89 NGO

**Herr Hemken** gibt Erläuterungen zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und des Vermögenshaushaltes.

Zur Position "Personalbedarfsplanung" verweist er auf die Beratung in der Ratssitzung am 29.09.1999. Damals sei man noch davon ausgegangen, mit einem Betrag von 300.000 DM für eine Personalbedarfsanalyse auszukommen. Man habe drei aussagekräftige Angebote erhalten, sich aber nach genauer Überprüfung dazu entschlossen, dem Angebot den Vorzug zu geben, das eine gründliche Arbeit verspreche, die auch fortschreibungs- und aussagefähig sei, um die Haushaltskonsolidierung in diesem Bereich zu einem vernünftigen Abschluss zu bringen. Dazu müsse der Ansatz jedoch um 164.000 DM erhöht werden.

Auf die Frage von **Herrn Renken**, ob man schon etwas darüber erfahren könne, nach welchen Kriterien vorgegangen werde, erwidert **Herr Hemken**, dass es zunächst darum gehe, die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die Erteilung des Auftrages zu schaffen. Über die Vergabe selbst müsse dann der VA entscheiden.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 1999 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu:

**1. Verwaltungshaushalt - überplanmäßig -**

a) 7000-5130 Unterhaltung der Kanäle	700.000,00 DM
b) 0000-4140 Angestelltenvergütung	158.000,00 DM
c) 0000-4500 Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	300.000,00 DM

**2. Verwaltungshaushalt - außerplanmäßig -**

0270-6300 Personalbedarfsplanung	164.000,00 DM
----------------------------------	---------------

**3. Vermögenshaushalt - überplanmäßig -**

2120-9350 Kauf beweglicher Sachen	140.000,00 DM
-----------------------------------	---------------

Ergebnis: einstimmig

Punkt 15b: Vorlage 13/1098  
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 1999

**Herr Hemken** teilt mit, es handele sich hier um die über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die die Verwaltung im Rahmen ihrer Ermächtigung tätigen könne und die sie dem Rat zur Kenntnis geben müsse.

**Herr Hegewald** möchte wissen, was man unter der Beschaffung von vermögenswirksamen Geräten verstehe.

**Herr Hemken** erwidert, im Rahmen der Budgetierung sei es möglich, im Verwaltungshaushalt erzielte Einsparungen für Anschaffungen im Vermögenshaushalt zu verwenden.

Auf Rückfrage von **Herrn Strelow** bezüglich der 20.000 DM für erforderliche Anschaffungen im Bereich der Informatik des JAG erklärt **Herr Hemken**, dass es sich hier genauso verhalte

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

wie im vorherigen Fall, d.h. die Deckung erfolge über Einsparungen im Verwaltungshaushalt.

Zur weiteren Frage von **Herrn Strelow** hinsichtlich des erhöhten Repräsentationsaufwandes von 15.000 DM antwortet **Herr Hemken**, dass hier viele kleine Beträge zusammenkämen. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung sei der Ansatz ziemlich heruntergefahren worden, weil man mit weniger habe auskommen wollen. Es kämen jedoch des öfteren unvorhergesehene Dinge in kleinem oder größerem Rahmen auf die Stadt zu, die man im Interesse der Stadt und ihrer Darstellung wahrnehmen müsse. Man habe sich daher genötigt gesehen, einen Betrag nachzubewilligen.

Von **Herrn Strelow** auf die Ausgaben im Zusammenhang mit der Beseitigung eines Ölschadens in Höhe von 16.000 DM angesprochen erklärt **Herr Hemken**, die Stadt sei nach dem Landesgesetz zur Beseitigung von Ölschäden verpflichtet und versuche natürlich, die Ausgaben wieder hereinzubekommen.

Kenntnis genommen.

Punkt 16: Vorlage 13/907  
Rechtsformänderung des Krankenhauses

**Herr Brinkmann** führt aus, seit Beginn der 90er Jahre gebe es in Emden die Diskussion, wie das Emdener Krankenhaus sich am Markt, der sich immer mehr zuspitze, behaupten könne. Bei seiner Amtsübernahme als Oberbürgermeister habe er in Interviews gesagt, dass man im Verwaltungsvorstand darüber nachdenke, die Rechtsform zu ändern, und er einer GmbH-Lösung den Vorzug geben würde. Daraufhin sei im November 1998 eine Abordnung des Personalrates des HSK bei ihm vorgestellt geworden, und man habe über diese Absichtserklärung diskutiert.

Er melde sich zu Wort aufgrund der heutigen Presseberichte sowohl in der EZ als auch in der OZ, dass man auch die Ängste der Mitarbeiter sehen müsse, die nicht genügend informiert worden seien. Das sei schlichtweg falsch. Tatsache sei, dass er in dem genannten Gespräch, an dem Herr Glyschesky, Frau Mietz und Herr Boomgaarden teilgenommen hätten, die Überlegungen der Verwaltung dargelegt und jeweilige Unterrichtung zugesichert habe. Dabei sei die Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern ausdrücklich hervorgehoben worden.

Es habe ferner im Januar/Februar d. J. ein Gespräch stattgefunden, an dem Vertreter der ÖTV beteiligt gewesen seien, in welchem man sich hinsichtlich einer Rechtsformänderung und der vom Verwaltungsvorstand bevorzugten GmbH-Lösung ausgetauscht und Grundsätze erarbeitet habe, wie man vorgehen wolle. Darüber sei auch eine Presseerklärung herausgegeben worden.

Er sei dann zusammen mit Herrn Hemken zu einer Sitzung des Personalrates gebeten worden, in der dieser davon in Kenntnis gesetzt worden sei, auf welcher Grundlage beabsichtigt sei, eine Rechtsformänderung herbeizuführen. Anschließend habe es eine Reihe von Gesprächen u.a. mit der Ärzteschaft, der Krankenhausleitung und den Krankenkassen gegeben.

Vor den Ferien habe erstmals eine Personalversammlung im HSK stattgefunden, in der er zusammen mit Herrn Hemken Stellung bezogen und alle Fragen nach bestem Gewissen beantwortet habe. Danach seien ihm Anträge der SPD- und der F.D.P.-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugegangen, die für Juli vorgesehene Entscheidung zu

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

vertagen. Diesem Wunsche sei entsprochen worden. In der Zwischenzeit seien weitere Gespräche geführt worden.

Im November habe er eine weitere Einladung von Herrn Glyschewsky zu einer Personalversammlung erhalten ebenso wie die vier Fraktionsvorsitzenden. Herr Leeker und Herr Janßen hätten daran teilgenommen, während Herr Bolinius sich entschuldigt und einen Brief geschickt habe, der verlesen worden sei.

Er habe durchaus Verständnis dafür, dass unterschiedliche Meinungen bezüglich eines Eigenbetriebes oder einer GmbH vertreten würden, er könne jedoch nicht gelten lassen, dass behauptet werde, das Personal bzw. der Personalrat seien in dem abgelaufenen Jahr nicht ausreichend informiert worden. Er lasse auch nicht durchgehen, wie der Presse und dem heute vorliegenden Änderungsantrag zu entnehmen, dass "die bisher unvollständige und von allen Fraktionen abgelehnte Vorlage der Verwaltung erledigt sei".

In der letzten Woche habe er an Fraktionsberatungen der CDU- und SPD-Fraktion teilgenommen, wobei der Beratungsgegenstand immer der Beschlussentwurf der Vorlage 13/907 gewesen sei, das Hans-Susemihl-Krankenhaus zum nächstmöglichen Termin in eine GmbH umzuwandeln. Alle bisher geführten Gespräche hätten dazu gedient, in diesem Sinne einen Konsens herbeizuführen. Es sei nie Verhandlungsgegenstand der der Vorlage beigefügte Gesellschaftsvertrag gewesen, und das habe er auch der CDU- und SPD-Fraktion erklärt. Er halte nach wie vor ebenso wie Herr Hemken den Beschlussentwurf der Vorlage für den richtigen Weg, gleichwohl müsse man akzeptieren, wenn die Mehrheit des Rates zu einem anderen Ergebnis komme.

Er lasse sich auch von niemandem sagen, dass er nicht an die Arbeitsplätze denke. Er habe viele Jahre in der freien Wirtschaft gearbeitet und wisse, was es heiße, sich am Markt zu bewegen und sich der Konkurrenz zu stellen. Er wisse auch, was eine Kündigung bedeute. Es liege ihm daran aufzuzeigen, dass der Verwaltungsvorstand und insbesondere Herr Hemken und er selbst seit einem Jahr zu diesem Thema zur Verfügung stünden, dass man allen Diskussionen gefolgt und bereit sei, einen entsprechenden Ratsbeschluss umzusetzen.

Auf den beiden Bereisungen seien vier Krankenhäuser besucht worden mit dem Ergebnis, dass alle vier eine positive Darstellung der GmbH gegeben hätten. Vor diesem Hintergrund müsse der Rat heute über die Vorlage befinden, nicht über den Gesellschaftsvertrag und nicht über Einzelheiten. Man müsse im Grunde genommen auch gar nicht über den Antrag der F.D.P.-Fraktion abstimmen, denn für ihn sei es von Anfang selbstverständlich gewesen, dass ein Gremium gebildet werde und alle Betroffenen an einen Tisch gebeten würden, um gemeinsam eine Grundlage für eine Rechtsformänderung auszuarbeiten. Man wolle den Mitarbeitern die Ängste nehmen und ihnen das Bestreben nahe bringen, das Hans-Susemihl-Krankenhaus in einen Zustand zu versetzen, dass es sich am Markt behaupten könne. Es gehe nicht mehr nur darum, ein Krankenhaus zu führen, sondern darum, unter den Bedingungen, die heute vorgegeben würden, bestehen zu können.

**Herr Leeker** führt aus, man tue sich schwer, bei einem solch großen Betrieb eine Entscheidung zu treffen, die Inhalte berühre, die Menschen berühre und die Veränderungen mit sich bringe, die für viele einschneidend sein könnten.

In seiner Fraktion werde deshalb seit dem Frühjahr sehr intensiv darüber diskutiert, und man habe zwei Philosophien erarbeitet, nämlich die einer GmbH und die eines Eigenbetriebes. Nachdem es lange Zeit unterschiedliche Mehrheiten gegeben habe, sei dann die GmbH von den meisten favorisiert worden.

Beiden Philosophien sei zu Eigen, dass man sich ein Krankenhaus wünsche, das optimal arbeite, das möglichst keine Verluste mache und das darüber hinaus in der Bevölkerung der

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

gesamten Region anerkannt werde. Die inhaltliche Diskussion sei verstärkt geführt worden, nachdem vonseiten der Gewerkschaften und der Personalräte darauf hingewiesen worden sei, dass in diesem Bereich Nachholbedarf existiere, weil man sich zu sehr mit den Rechtsformen beschäftigt habe. Es sei behauptet worden, dass die Mitarbeiter sich nicht ausreichend informiert fühlten über die Folgen einer Rechtsformänderung.

Im Raum stehe das Unbehagen der betroffenen Menschen, weil der Zeitraum der Verhandlungen für die Einzelnen im Krankenhaus zu kurz gewesen sei. Man habe in anderen Krankenhäusern erfahren, dass die Diskussionszeit bis zur Beschlussfassung etwa 1 1/2 Jahre gedauert habe und jeder über die Rechtsformen informiert worden sei.

Seine Fraktion habe den Personalrat und auch die ÖTV um Rat gebeten, wie man die Mitarbeiter dafür gewinnen könne, in einer neuen Rechtsform des Krankenhauses optimal mitzuarbeiten. Es sei gesagt worden, dass die Absicht, eine GmbH einzurichten, keine Mehrheit in der Krankenhausbelegschaft finde, was offensichtlich durch eine Umfrage belegt worden sei.

Daraufhin habe sich seine Fraktion nach langem Ringen dazu entschlossen, in Zusammenarbeit mit der ÖTV und mit den Personalräten, einen Kompromiss zustande zu bringen, indem man die Rechtsform des Eigenbetriebes einführen wolle. Damit solle erreicht werden, dass das Haus eine höchstmögliche Selbständigkeit erlange, ein neues Management gebildet werde und sich jeder Bedienstete angesprochen fühle, bei der Rechtsformänderung aktiv mitzuarbeiten. Jeder wisse, dass sich etwas ändern müsse, weil die Gesundheitsreform einschneidende Änderungen mit sich bringe und man sich am Markt behaupten müsse.

Den Weg dahin stelle man sich so vor, dass eine Arbeitsgruppe eingerichtet werde, die sofort die Gespräche mit dem Personalrat zur Vorbereitung der Rechtsformänderung aufnehme, diese anschließend durchgeführt werde und man am Schluss des Weges entscheiden müsse, ob es bei einem Eigenbetrieb bleibe oder eine GmbH gegründet werde.

Während dieses Verfahrens, und das sei die einstimmige Meinung seiner Fraktion, werde man mit den Bediensteten des Krankenhauses eng zusammenarbeiten und sich gegenseitig an die Hand nehmen, um ohne besondere Reibungsverluste das Ziel zu erreichen und sie dafür zu gewinnen, dass eine neue Zeit im Krankenhaus anbreche, in der jeder selbständig handeln müsse im Rahmen seines Arbeitsplatzes. Er denke, dass die Sorge um den Arbeitsplatz jedes einzelnen Beteiligten einen hohen Stellenwert einnehme.

Seine Fraktion könne deshalb heute der Vorlage nicht zustimmen, sondern möchte darum werben, den von ihr vorgeschlagenen Weg mitzugehen. Man möchte das erreichen, was alle erreichen wollten, nämlich ein optimales Krankenhaus.

**Herr Janßen** nimmt Bezug auf die Berichterstattung in der Presse, wo es heiße: "Die SPD sorgt für Menschlichkeit." Er halte diese Formulierung für unglücklich, denn Menschlichkeit hänge von dem Handeln der Personen ab und nicht von der Rechtsform einer Gesellschaft. Man habe es zu tun mit einem Betrieb, der Umsätze von 80 Mio. DM mache, und einer Verwaltung, die mit Sicherheit dem nicht mehr angepasst sei.

Vor diesem Hintergrund habe man seit dem Sommer d. J. nach Lösungsmöglichkeiten gesucht und sich schlaue gefragt in anderen Krankenhäusern. Sowohl in den als GmbH als auch in den als Eigenbetrieb geführten Krankenhäusern seien die Betriebsräte bzw. Personalräte mit der Lösung zufrieden gewesen, und man habe keine Klagen gehört. Das jeweilige Erscheinungsbild in den Häusern sei sehr aufschlussreich gewesen.

Seine Fraktion könne zwar der GmbH-Lösung, nicht aber dem Gesellschaftsvertrag in dieser Form zustimmen. Sie möchte sichergestellt wissen, dass die Übernahme der Mitarbeiter

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

nach BAT erfolge und neue Mitarbeiter zu gleichen Bedingungen eingestellt würden. Es könne nicht sein, dass z.B. Krankenpfleger mit unterschiedlichen Gehältern beschäftigt würden.

Man habe immer gesagt, dass Mitbestimmung fortgeschrieben und forciert werden müsse. Dies könne nur erreicht werden in einer GmbH-Lösung, wenn der Betriebsrat ein volles Mitbestimmungsrecht habe. Insofern habe die Überarbeitung des Gesellschaftsvertrages im Vordergrund gestanden, worüber aber nichts in der Vorlage erwähnt werde. Man wolle das Hans-Susemihl-Krankenhaus 2000-fähig machen vor dem Hintergrund, dass durch die Gesundheitsreform die Problematik der Krankenhäuser immer größer werde. Um dieses Krankenhaus, das eine hervorragende Leistung erbringe, noch attraktiver zu machen, bevorzuge seine Fraktion die GmbH-Lösung.

Zu der im Krankenhaus durchgeführten Umfrage sei zu sagen, dass sich von den 624 befragten Mitarbeitern 200 für einen Eigenbetrieb und 100 für eine GmbH ausgesprochen hätten, während 324 keine Meinung gehabt hätten.

**Herr Bolinius** bedauert, dass der Antrag der SPD-Fraktion nicht zugelassen worden sei. Man hätte kurzfristig eine VA-Sitzung einberufen können, um darüber zu beraten. Jetzt vergingen wieder zwei Monate voller Unsicherheit.

Er gibt für seine Fraktion folgende Stellungnahme ab:

"Zurzeit wird das Hans-Susemihl-Krankenhaus bekanntlich als Regiebetrieb geführt. Aus meiner Mitgliedschaft im Krankenhausausschuss seit 1981 weiß ich, dass die Verfahrensregelung zum Beispiel bei Auftragsvergaben, Einstellungen für höhere Positionen oder insbesondere bei strukturellen Veränderungen nach der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) sehr zeitaufwendig ist.

Die bevorstehenden gesetzlichen Strukturänderungen im Gesundheitswesen machen es nach unserer Meinung zusätzlich notwendig, dass das HSK schnell, eigenverantwortlich und flexibel reagieren kann.

Um dies zu erreichen, ist nach unserer Auffassung die Rechtsform einer GmbH die beste Lösung. Mit dieser Gesellschaftsform ist es auch möglich, neue "Dienstleistungs-Töchter" zu gründen. Ich komme später noch auf evtl. weitere Betätigungsmöglichkeiten des HSK gegenüber heute zurück.

Bei einem Eigenbetrieb, den die SPD - wenn auch nur als Übergangslösung - befürwortet, hat die Verwaltung der Stadt, hier insbesondere der Oberbürgermeister, eine direkte Einwirkungsmöglichkeit auch auf den laufenden Betrieb. Der Oberbürgermeister ist bei dieser Gesellschaftsform Dienstvorgesetzter und hat direkten Einfluss auf Einstellungen, Beförderungen, Entlassungen usw. Der OB kann nach unserer Auffassung diese Fachkompetenz gar nicht haben. Auch aus diesem Grunde lehnen wir diese Rechtsform ab.

Der Personalrat des HSK hat in den Gesprächen mit uns die Befürchtung geäußert, dass nach einer Umwandlung in eine GmbH es passieren könne, dass die Stadt Emden das HSK verkauft und es dadurch zu einem Trägerwechsel kommen könnte. Dadurch wäre die Einflussmöglichkeit der Stadt Emden verloren und unternehmerischer Willkür Tür und Tor geöffnet. Vor diesem Szenario hätten die Beschäftigten des HSK Angst, so die Meinung des Personalrates.

Diese Gefahr sehen wir nicht. Wir glauben nicht, dass die Stadt Emden jemals ihr Krankenhaus verkaufen wird. **Für die F.D.P.- Fraktion ist es unabdingbar, dass die Stadt Emden auch in Zukunft ein Krankenhaus vorhält, welches die medizinische Grund- und Re-**

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

**gelversorgung garantiert.** Auch allgemeine akute Erkrankungen, die ein sofortiges ärztliches Eingreifen bedürfen, sollten auch weiterhin in Emden behandelt werden.

Auch die vom Personalrat angedeutete Angst bezüglich der Personalüberleitungsverträge in eine GmbH teilen wir nicht. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen in diesem Überleitungsvertrag nicht schlechter gestellt werden als bisher, diese Forderung ist für die F.D.P.-Fraktion eine Selbstverständlichkeit.

Einer Umwandlung in eine GmbH wird die F.D.P.-Fraktion aber nur zustimmen, wenn zugesagt wird, dass **an der Spitze des Krankenhauses ein neues, entscheidungsorientiertes Management eingesetzt wird.** Nur dann ist der Spagat zwischen dauerhafter Wirtschaftlichkeit und medizinischer Mitmenschlichkeit zu schaffen.

Auch im Aufsichtsrat müssen kompetente und mit Fachwissen ausgebildete Männer und Frauen sitzen, die nicht nur kraft ihres Amtes dort einen Sitz bekommen. Deshalb ist es notwendig, den vorliegenden Entwurf des Gesellschaftsvertrages auch in diesem Punkt zu ändern.

Ich greife gerne auf, was der Personalrat anlässlich der Gespräche mit uns gesagt hat, dass für **"überschüssige Beschäftigungspotentiale"** neue Einsatzmöglichkeiten gesucht werden müssen. Wir sind mit dem Personalrat einer Meinung, dass im Hans-Susemihl-Krankenhaus nicht nur im Pflegebereich Betätigungsfelder brachliegen, sondern auch andere hinzukommen könnten, beispielsweise: die teilstationäre Behandlung, ambulante Pflege, Palliativstation, Hospiz, Sterbebegleitungsdienst, postoperative, ambulante Nachsorge, ärztlicher Notdienst und auch im Küchenbereich.

Um aber diese neuen Einsatzgebiete auf den expandierenden "Gesundheitsmarkt" zu bringen, bedarf es einer modernen und flexiblen Managementform, die wir uns nur in einer GmbH vorstellen können. Tochtergesellschaften könnten gegründet werden.

Wirtschaftlichkeit und Effizienz eines Krankenhauses werden - und das ist für die F.D.P.-Fraktion auch klar - aber nicht nur durch eine neue Rechtsform erreicht, sondern durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit hoher Qualifikation, sozialer Kompetenz, großem Einsatz und die sich mit ihrem Krankenhaus identifizieren.

Die F.D.P.-Fraktion ist sich sicher, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Emdener Hans-Susemihl-Krankenhaus vorhanden sind und auch zukünftig vorhanden sein werden, auch wenn die Rechtsform geändert wird oder alles so bleibt wie bisher.

Die Sorge des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Leeker, die er gegenüber der Presse geäußert hat, dass bei einer wirtschaftlicheren Führung unter Kostengesichtspunkten evtl. die Menschlichkeit im Krankenhaus verloren gehen könnte, sehen wir nicht.

Die von der SPD jetzt überraschend vorgeschlagene Änderung in einen Eigenbetrieb, damit will man nach unserer Auffassung die Diskrepanzen, die hierüber in der Fraktion und im SPD-Unterbezirk bestehen, überdecken, halten wir für nicht sinnvoll. Wir können keinen Vorteil für einen Eigenbetrieb erkennen.

Bestes Beispiel ist das Krankenhaus Ammerland in Westerstede. Dieses wurde bei der Umwandlung auch zunächst als Eigenbetrieb geführt. Aufgrund der mit dieser Gesellschaftsform gemachten Erfahrungen stellte man fest, dass die Umwandlung in einen Eigenbetrieb nur ein halber Schritt gewesen war. Man wurde sich daraufhin schnell einig, die Rechtsform in eine GmbH umzuwandeln. Das Krankenhaus heißt jetzt "Ammerland-Klinik GmbH".

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

Wir schlagen vor, und darüber sollten die anderen Fraktionen nachdenken, zunächst einen Grundsatzbeschluss zu fassen, eine Umwandlung in eine GmbH vorzunehmen, wobei der Termin (evtl. der 01.07.00) noch festgelegt werden kann. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte eine Kommission oder Lenkungsgruppe, bestehend aus einem Mitglied der Verwaltung, der Krankenhausleitung, des Personalrates und je einem Vertreter der Fraktionen, einen neuen Gesellschaftsvertrag und einen Plan über die zukünftige Struktur aber auch die Eigentumsverhältnisse des Hans-Susemihl-Krankenhauses erarbeiten.

So können wir uns beispielsweise vorstellen, dass die Stadt Emden Eigentümerin der Immobilie bleibt, das kann aus steuerlichen Gründen von ausschlaggebender Bedeutung sein. Für die Nutzung der Immobilie (Haus und Grundstück) sollte dann ein Nutzungs- und Überlassungsvertrag zwischen der Stadt Emden und der Hans-Susemihl-Krankenhaus GmbH abgeschlossen werden. Eine Geschäftsordnung muss die Zusammenarbeit natürlich regeln. Dieses Modell wird in verschiedenen Krankenhäusern mit großem Erfolg angewandt.

Von der SPD-Fraktion wurde gestern (15.12.99) in einem Pressegespräch mitgeteilt, dass das Krankenhaus Leer, welches seit 1993 als Eigenbetrieb geführt wird, für die Überlegung, das HSK auch als Eigenbetrieb zu führen, Pate gestanden hätte.

Darüber wundern wir uns doch sehr, wird doch das in den Jahren nach der Umwandlung erzielte wirtschaftliche Ergebnis in Leer kontinuierlich schlechter, und zwar wurden folgende Ergebnisse erzielt, die wir uns heute noch einmal schriftlich vom Kreiskrankenhaus Leer haben bestätigen lassen:

1994	0,7 Mio. DM Gewinn
1995	0,4 Mio. DM Gewinn
1996	0,2 Mio. DM Verlust
1997	0,3 Mio. DM Verlust
1998	1,3 Mio. DM Verlust

Also Leer sollte nun wirklich nicht als Vorbild dienen! Oder wollen wir in den nächsten Jahren etwa auch wieder Verluste einfahren? Ich glaube, dass will wohl niemand im Rat.

Wir sind - auch nach den vielen Gesprächen, die wir in dieser Angelegenheit geführt haben, und wir haben uns die Entscheidungsfindung nicht einfach gemacht - fest davon überzeugt, dass eine Umwandlung des HSK in eine GmbH die besten Voraussetzungen zum Überleben in dem auf uns zukommenden härteren Wettbewerb im Gesundheitswesen bietet. Die Mehrheitsfraktion sollte deshalb ihren Standpunkt noch einmal überdenken.

Die F.D.P.-Fraktion beantragt deshalb:

### **Das Hans-Susemihl-Krankenhaus wird, sobald eine Kommission,**

bestehend aus je einem Mitglied der Verwaltung, der Krankenhausleitung, des Personalrates und je einem Vertreter der Ratsfraktionen,

**die Ausarbeitung des Gesellschaftsvertrages erstellt und die zukünftige Struktur des HSK festgelegt hat, jedoch spätestens am 1. Juli 2000, in eine GmbH umgewandelt.**

Wir bitten um Zustimmung unseres Antrages."

**Herr Renken** weist bezüglich der von Herrn Bolinius genannten Zahlen darauf hin, dass man in Hildesheim die erste GmbH besucht und auch dort rote Zahlen zur Kenntnis genommen habe. Rote Zahlen könne man auch in anderen Gesellschaftsformen schreiben, und das hänge von ganz anderen Bedingungen ab als von der Gesellschaftsform.

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

Er erklärt namens seiner Fraktion Folgendes:

"Wir haben uns in den letzten Monaten mit der Frage der zukünftigen Entwicklung und Gestaltung des Hans-Susemihl-Krankenhauses auseinander gesetzt. Wir haben fünf Krankenhäuser besucht, Gespräche mit dem Personalrat und der Gewerkschaft geführt und auf der Personalversammlung Stellung bezogen.

Wir sind ergebnisoffen in die Beratungen gegangen, aber mit dem Ziel, eine Lösung zu finden, die der Situation vor Ort gerecht wird. Sowohl die Entwicklung der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen als auch die Interessen der Menschen im Krankenhaus waren für uns zu berücksichtigen.

Im Verlauf dieses Prozesses hat sich herausgestellt, dass die Vorlage der Verwaltung nicht geeignet ist, den Weg zu einem zukunftsfähigen Krankenhaus in Emden zu ebnen. Wir brauchen mehr als einen Rechtsformwechsel. Wir brauchen vor allem tragfähige Konzepte, die den sich rasch verändernden Entwicklungen im Gesundheitswesen gerecht werden. Wir brauchen zur Umsetzung ein fähiges Management und hochqualifizierte und -motivierte Mitarbeiter im Krankenhaus.

Dies ist eine komplexe Aufgabe, und diejenigen, für die eine GmbH die einfache Zauberformel ist, werden sich täuschen. Natürlich stehen die Krankenhäuser vor der Aufgabe, die Kosten zu senken, ihre Attraktivität zu steigern und vor allem unternehmerisch zu handeln. Dies war in der Vergangenheit nicht selbstverständlich, und man kann einen solchen Wandel nicht übers Knie brechen.

Eine GmbH muss nachweisbar einen zusätzlichen Nutzen gegenüber einer Eigenbetriebslösung erbringen. Dies deutlich zu machen, ist bisher nicht überzeugend gelungen und konnte auch nicht gelingen. Nur wenn dies gelingt, wird auch eine Mehrheit der Beschäftigten am Krankenhaus diesen Weg mitgehen.

Und ich will hier auch eines anführen, was die Kienbaum Unternehmensberatung in einem Gutachten für den Landkreis Osterode zur Rechtsform der GmbH erklärt hat: "Dennoch ist es aus unserer Sicht erforderlich, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die - flexible - privatrechtliche Struktur keine Garantie für kurze Entscheidungswege sowie ein dynamisches und effizientes Unternehmen ist."

Ich will an dieser Stelle noch einmal die Gelegenheit nutzen, unseren Standpunkt ausführlicher zu erläutern.

Der Personalrat hat uns erklärt, dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Krankenhauses wissen: So wie es momentan läuft, kann es nicht bleiben. Er vertritt die Auffassung, dass die Eigenbetriebsform über genügend Steuerungselemente für eine durchsetzungsfähige Personal- und Betriebspolitik verfügt. Dies ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Die Eindrücke aus den Gesprächen, die wir in Wilhelmshaven, Herford und Leer geführt haben, bestätigen dies.

Wir müssen ebenfalls zur Kenntnis nehmen, dass bei der vom Personalrat durchgeführten Mitarbeiterbefragung fast 60 % der Befragten für die Eigenbetriebslösung votierten und lediglich eine Minderheit von 30 % für die Umwandlung in eine GmbH.

Dieses Ergebnis wundert uns nicht, wenn wir uns anhören müssen, dass die Belegschaft zuerst aus der Presse von der geplanten Umwandlung ihres Krankenhauses erfahren hat. Dies ist nicht nur schlechter Stil. Wer damit beginnt, erst einmal kräftig Porzellan zu zerbrechen, darf sich anschließend nicht darüber beschweren, dass es viel Zeit und Geduld braucht, um die für einen solchen Prozess notwendige Vertrauensbasis wiederherzustellen.



## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

Gleichwohl sieht auch der Personalrat in einer GmbH-Lösung nicht nur Gefahren, sondern auch die Chance zu mehr Mitarbeiterbeteiligung und Motivation an der Gestaltungsaufgabe "Krankenhaus der Zukunft". Wir teilen die Auffassung, dass die Ängste vor einer Verschlechterung der Arbeits- und Entgeltbedingungen und um die Zukunft der Arbeitsplätze durch die Ausgestaltung der Verträge im Vorfeld einer Umwandlung ausgeräumt werden können.

Wir können die vorhandenen Ängste der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachvollziehen. Sie erscheinen ja nicht unbegründet, da einzelne Mitglieder des Rates wie der Kollege Haase öffentlich einen Verkauf oder eine Fusionierung der städtischen GmbH Stadtwerke gefordert haben. Ist mit diesem Weg dann nur der Einstieg in den Ausstieg kommunaler Trägerschaft vorgezeichnet?

Wir sind im Gegensatz zu anderen in diesem Rat in dieser Frage ideologisch nicht vorbelastet. Für unsere Fraktion ist weder die GmbH-Umwandlung unsoziales Teufelswerk noch der Eigenbetrieb ein uneffizienter, alter Hut. Die Niedersächsische Gemeindeordnung lässt hier die Wahlmöglichkeit zwischen zwei gleichrangigen Formen des Krankenhausbetriebes zu. Dies heißt nichts anderes, als dass eine den örtlichen und regionalen Bedingungen entsprechende optimale Lösung gefunden werden muss, die die Zukunftsfähigkeit des Krankenhauses vor Ort sichert.

Dafür ist zunächst nicht die Rechtsform ausschlaggebend, sondern ein passendes Zielkonzept und eine Umsetzungsstrategie. Auf einer solchen Grundlage kann dann auch die Frage der personellen Besetzung des Krankenhausmanagements nach bestimmten Kriterien entschieden werden. Gerade dies ist ein sehr sensibler und kritischer Faktor. Die Erfahrung in den von uns besuchten Krankenhäusern zeigt, dass nicht selten bei GmbH-Umwandlungen von außen geholte Geschäftsführer gescheitert sind und sich schließlich der Rückgriff auf erfahrene Leute aus dem eigenen Haus bewährt hat.

Die grundlegende und mitentscheidende Frage nach zukunftsfähigen inhaltlichen und strategischen Konzepten ist bisher in der gesamten Diskussion bedauerlicherweise zu wenig beleuchtet worden. Der Verwaltungsvorstand hat diese Frage bisher nicht aufgeworfen. Wir können Personalrat und Gewerkschaft nur zustimmen, wenn sie erklären: Aus der Begründung des Verwaltungsvorstandes ist die Notwendigkeit einer GmbH-Lösung nicht zu erkennen. Vielmehr muss der Eindruck entstehen, dass man ein ungeliebtes Kind so schnell wie möglich aus seinem Verantwortungsbereich abkoppeln will, anstatt sich zunächst einmal der zentralen Frage zu stellen: Was für ein Krankenhaus wollen wir in Emden, und was erwarten wir von ihm?

Wir werden uns nicht damit zufrieden geben, dass die strategischen gesundheitspolitischen Weichenstellungen für das Krankenhaus gegenüber den erforderlichen Vertrags- oder Satzungsbildungen für eine Umwandlung zurückgestellt werden. Der Rat hat hier Grundsatzentscheidungen zu treffen und darf sich nicht aus seiner gesundheitspolitischen Verantwortung herausziehen. Ein Ermächtigungsbeschluss, wie sie die Beschlussvorlage der Verwaltung für den Oberbürgermeister vorsieht, kommt deshalb für uns nicht in Frage.

Natürlich gibt es auch gute Gründe für eine Umwandlung in eine Eigengesellschaft. Aber von denen haben wir nicht von der Verwaltung erfahren, sondern in unseren Gesprächen mit den diversen Krankenhausleitungen. Ein guter Grund ist die flexible und von der Beachtung des Subsidiaritätsprinzips gegenüber privaten Anbietern losgelöste Ausdehnung bestehender und die Entwicklung neuer Tätigkeitsfelder um den stationären Bereich herum. Dazu gehören zum einen Serviceeinrichtungen wie Apotheke, Labor und Küche, aber auch die Qualifizierung, zum anderen die Entwicklung von Angeboten im vor- und nachstationären Bereich von der Vorsorge bis zum Hospiz.

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

Damit könnten Arbeitsplätze, die im stationären Bereich wegfallen, auf anderen Feldern gesichert werden. Damit könnten auch defizitäre Bereiche, die für die Vorhaltung einer medizinischen Grund- und Regelversorgung jedoch notwendig sind, erhalten werden. Oder in den Worten von Professor Brost, Leiter des Reinhard-Nieter-Krankenhauses in Wilhelmshaven ausgedrückt: "Eine GmbH ist keine Kostensenkungsmaschine, sondern eine Methode der Ertragssteigerung durch Erschließung neuer Geschäftsfelder".

Um diese Möglichkeiten für das Emdener Krankenhaus jedoch erst einmal zu erfassen und auf ihre Marktchancen hin zu bewerten, müssen Vorarbeiten geleistet werden. Auf einer solchen gesicherten Basis kann dann abschließend entschieden werden, ob die GmbH wirklich der erforderliche und angemessene Rahmen für das Hans-Susemihl-Krankenhaus ist.

Unsere Fraktion ist aus den genannten Gründen zu der Auffassung gelangt, dass drei Punkte unverzichtbar sind:

1. Es muss ausreichend Zeit für einen Umwandlungsprozess vorhanden sein. Dafür ist ein Zeitraum von mindestens einem Jahr vorzusehen.
2. Zur Vorbereitung der erforderlichen Maßnahmen für eine Umwandlung wird eine Lenkungsgruppe gebildet. Sie besteht aus Mitgliedern der im Rat vertretenen Fraktionen, des Verwaltungsvorstandes und des Personalrates. Vertreter der Gewerkschaften und ggf. eine externe Moderation sind hinzuzuziehen. Die Lenkungsgruppe hat die Aufgabe, eine einvernehmliche Beschlussfassung des Rates vorzubereiten.
3. Es wird ein Konzept für die Weiterentwicklung des Emdener Krankenhauses zu einem Gesundheitszentrum in Auftrag gegeben, das als Grundlage für die strategische Ausrichtung des Krankenhauses dienen soll. Die leitenden Fragestellungen für die Konzeptentwicklung werden von der Lenkungsgruppe erarbeitet.

Die Mehrheitsfraktion hat nun einen Beschluss gefasst, der genau diese auch von uns geforderten Elemente enthält. Ob es nun Lenkungsgruppe heißt oder Projektgruppe, an dem Namen werden wir uns nicht stören. Ebenso gibt es keine Differenzen über den zeitlichen Rahmen. Über die Zielsetzung - Erarbeitung einer inhaltlichen Konzeption - besteht offenbar Einigkeit. Insofern können wir diesen Weg mitgehen und werden die Verwaltungsvorlage ablehnen. Ich zitiere bei dieser Gelegenheit gerne das Wort von Willy Brandt: "Gerade wer das Bewahrenswerte bewahren will, muss verändern, was der Erneuerung bedarf." In diesem Sinne hoffen wir, dass letztendlich ein gutes Ergebnis im Konsens zwischen Rat, Verwaltung und der Vertretung der Beschäftigten gefunden wird."

**Herr Brinkmann** führt aus, durch immer wiederkehrende Behauptungen würden diese nicht richtig. Der Respekt vor der Arbeit des Personalrates und einzelner Mitarbeiter verbiete es ihm, Stellung zu nehmen. Wenn der Personalrat die genannten Aussagen gemacht habe, dann fordere er ihn auf, diese ihm gegenüber zu wiederholen. Er werde dann das vorlegen, was ihm übergeben worden sei.

Er finde es nicht in Ordnung, wenn hier davon gesprochen werde, dass der Verwaltungsvorstand möglicherweise einen Verkauf des Krankenhauses in Betracht ziehe. Genau das Gegenteil sei der Fall d.h. wenn nicht zügig gehandelt und eine Rechtsform gefunden werde, laufe man Gefahr, dass eine Krankenhausgesellschaft komme und ein Angebot mache und man tatsächlich über einen Verkauf nachdenke.

Nach einer kurzen abschließenden Diskussion, in der **Frau Everwien** und **Herr Bolinius** die Standpunkte ihrer Fraktion bekräftigen, lässt **Herr Dr. Kleinschmidt** zunächst über den Antrag der F.D.P.-Fraktion abstimmen.

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

---

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt  
Dafür: 11  
Dagegen: 27  
Enthalt.: 1

Es wird dann über die Vorlage abgestimmt.

Beschluss: Das Hans-Susemihl-Krankenhaus ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt in eine GmbH umzuwandeln.

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, gemäß § 1 GmbH-Gesetz zu handeln.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt  
Dafür: 11  
Dagegen: 26  
Enthalt.: 2

Es wird eine kurze Pause eingelegt.

(Die Herren Heinks und Hemken verlassen die Sitzung.)

Punkt 17: Vorlage 13/1062  
Benennung von Straßen im Bebauungsgebiet D 44 B (Stadtteil Larrelt)

Beschluss: Die im Bebauungsgebiet D 44 B neu entstehenden Straßen werden wie folgt benannt:

Planstraße A - Werner-Heisenberg-Straße

Planstraße B - Ernst-Abbe-Straße

Planstraße C - Niels-Bohr-Straße

Planstraße D - Lise-Meitner-Straße

Planstraße E - Robert-Bunsen-Straße

Ergebnis: einstimmig

Punkt 18: Vorlage 13/1081  
Benennung von Straßen im Bebauungsgebiet D 44 2. Änderung (Stadtteil Larrelt)

**Herr Röttgers** teilt mit, der Stadtplanungsausschuss habe abweichend von der Vorlage empfohlen, auch die beiden Wege als Straße zu bezeichnen.

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

### Abweichender

Beschluss: Die im Baugebiet D 44 2. Änderung neu entstehenden Straßen werden wie folgt benannt:

Planstraße A - Gustav-Kirchhoff-Straße

Planstraße B - Josef-Stefan-**Straße**

Planstraße C - Hans-Geiger-**Straße**

Ergebnis: einstimmig

Punkt 19: Vorlage 13/871/5  
Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Barenburg

Beschluss: Die als Anlage zur Vorlage 13/871/5 beigefügte Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Barenburg wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 20: Vorlage 13/605/2  
Bebauungsplan D 57, 2. Änderung (Gewerbegebiet Kaiser-Wilhelm-Polder, Gebiet zwischen Niedersachsenstraße, Zweiter Polderweg und Stedinger Straße)  
- Satzungsbeschluss (Stadium III)

Beschluss: Der Bebauungsplan D 57, 2. Änderung (-mit gestalterischen Festsetzungen-) nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 21: Vorlage 13/435/5  
2. Änderung des Bebauungsplanes D 125 (Stadtteil Wolthusen, Folkmar-Allena-Straße)  
- Aufstellungsbeschluss (Stadium I)  
- Frühzeitige Bürgerbeteiligung (Stadium I)

Dieser TOP wurde abgesetzt.

(Frau Everwien verlässt die Sitzung.)

Punkt 22: Vorlage 13/1090  
Zusammenfassung der Straßen im Bebauungsgebiet D 44 B (Stadtteil Larrelt) zu einer Erschließungseinheit und Ablösung der Erschließungsbeiträge

Beschluss: Die im Baugebiet D 44 B geplanten Planstraßen A, B, C, D und E werden zur gemeinsamen Aufwandsermittlung zu einer Erschließungseinheit gemäß § 130 Abs. 2 des Baugesetzbuches zusammengefasst. Der Ablösung von Erschließungsbeiträgen für die Erschließungseinheit D 44 B wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

Punkt 23: Vorlage 13/1091  
Zusammenfassung der Straßen im Bebauungsgebiet D 44, 2. Änderung (Stadtteil Larrelt) zu einer Erschließungseinheit und Ablösung von Erschließungsbeiträgen

Beschluss: Die im Bebauungsgebiet D 44 2. Änderung (Stadtteil Larrelt) geplanten Planstraßen A, B und C werden zur gemeinsamen Aufwandsermittlung gemäß § 130 Abs. 2 des Baugesetzbuches zu einer Erschließungseinheit zusammengefasst.

Der Ablösung von Erschließungsbeiträgen für die Erschließungseinheit D 44 2. Änderung wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 24: Vorlage 13/1050  
Umbau des Rathauses;  
Neugestaltung des Ostfriesischen Landesmuseums und der Emders Rüst-  
kammer

**Herr Dilling** ist erfreut darüber, dass jetzt die Initiative ergriffen und einiges verändert werden solle. Besonders freue es ihn, dass zwei Fahrstühle installiert würden, um auch Menschen, die nicht so gut zu Fuß seien, die Möglichkeit zu geben, die oberen Räume zu erreichen und am kulturellen Leben teilzunehmen.

Allerdings sei er überrascht, den Planungsentwurf der Emders Zeitung zu entnehmen, denn einige der in diesen Räumlichkeiten anstehenden Umbauarbeiten betreffen auch Bereiche, die für die Verwaltung und den Rat von Bedeutung seien. Er denke an das Standesamt und die Stadtbildstelle.

Ihm gehe es darum, dass das Büro des Seniorenbeirates erhalten bleibe, weil es zentral in der Stadt liege und für die Senioren gut erreichbar sei. Er sei verwundert darüber, dass der Seniorenbeirat in dieser Sache nicht befragt worden sei.

Mit dem Vorhaben selbst sei man einverstanden. Einen Fahrstuhl habe auch der Seniorenbeirat gefordert. Er möchte jedoch darum bitten, wenn solche Veränderungen anstünden, zumindest die betreffenden Leute anzusprechen. Bei Gründung des Seniorenbeirates durch Ratsbeschluss sei zugesichert worden, dass dieser bei allen ihn betreffenden Fragen beteiligt werden solle. Er sehe den Dingen gelassen entgegen in der Hoffnung, dass Gespräche geführt würden und es zu einer einvernehmlichen Regelung kommen werde.

**Herr Brinkmann** erwidert, der Seniorenbeirat stehe unter seinem ganz persönlichen Schutz, denn es sei nicht auszuschließen, dass auch er eines Tages Mitglied werde, wenn er das Alter erreicht habe. Es würden natürlich Gespräche mit dem Seniorenbeirat geführt und nach Möglichkeiten gesucht, um alle zufriedenstellend unterzubringen.

Er könne allerdings nicht gelten lassen, dass der Rat von diesem Umbau nichts gewusst habe. Bei Durchsicht der Protokolle werde man feststellen, dass dieses Vorhaben zweimal im zuständigen Kulturausschuss behandelt worden sei. Er habe selbst an einer Sitzung teilgenommen. Außerdem habe Herr Dr. Scheele vor der SPD-Fraktion Bericht erstattet. Er gehe davon aus, dass man die Sache zur Zufriedenheit aller über die Bühne bringen werde.

**Herr Leeker** bringt die Freude seiner Fraktion über den Beginn der Umbauarbeiten zum Ausdruck und sagt Unterstützung zu.

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

Die **Herren Janßen** und **Bolinus** schließen sich an.

Beschluss: Das Rathaus am Delft wird im Zuge der Neugestaltung des Ostfriesischen Landesmuseums und der Emdener Rüstkammer, vorbehaltlich der bereitgestellten Haushaltsmittel und eingeworbenen Zuschüsse, wie in der Begründung der Vorlage beschrieben, umgebaut.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 25: Vorlage 13/782/3  
Einführung der Verlässlichen Grundschule in Emden

**Herr Leeker** erinnert an die Anfang des Jahres zu diesem Thema geführten Diskussionen und das dabei zum Ausdruck gebrachte Misstrauen, ob das Land Niedersachsen die angekündigten Verpflichtungen einhalten werde. Im Schulausschuss habe man sich darüber informieren können, dass an den Schulen, die sich dazu entschlossen hätten, schon 1999 die VGS einzuführen, die Verpflichtungen erfüllt worden seien und alles geschehen sei, um einen optimalen Start zu gewährleisten. Gleichwohl hätten CDU und Bündnis 90/Die Grünen dagegen gestimmt.

Man habe ausdrücklich zugesagt, die VGS nicht gegen den Willen der Eltern einzuführen. Drei Schulen hätten im Einvernehmen mit den Eltern und dem Lehrerkollegium geäußert, dass sie die Schulform wünschten, und deshalb sollte jetzt auch dieser Termin eingehalten werden, um zumindest im kommenden Jahr dabei zu sein.

Damit werde man auch einem gesellschaftspolitischen Anliegen gerecht in einer Zeit, wo Frauen neben ihrer Mutterschaft einen Beruf ausüben wollten oder anderweitige Verpflichtungen wahrnehmen müssten. Mit solchen Einrichtungen werde sichergestellt, dass sich die Kinder eine bestimmte Zeit in der Schule aufhielten und auch dort bleiben könnten, wenn sich unvorhergesehene Ausfälle ergäben. Wer Kinder habe, der wisse, was dieses Angebot bedeute. Es sei ein Fortschritt gegenüber dem, was man heute habe. Die volle Halbtagschule sei nicht finanzierbar.

Der neue Ministerpräsident habe gestern in seiner Regierungserklärung angekündigt, dass er 1.000 neue Lehrer einstellen wolle für diesen Bereich. Das sei für das Land Niedersachsen eine enorme Zahl.

Wenn heute über diese Vorlage abgestimmt werde, dann sollte da-rauf hingewiesen werden, dass die Teilnahme an dieser Verlässlichen Grundschule freiwillig sei. Jeder, der die Schule ablehne, könne seine Kinder zu Hause betreuen. Er kenne keine Schulform, wo so viel Freiheit existiere. Seine Fraktion werde dieser Vorlage zustimmen und freue sich darauf, dass zum 01.08.2000 mit der VGS begonnen werde. Das Land habe zugesagt, alle bis Ende Januar 2000 eingegangenen Anträge zu genehmigen.

**Herr Hellmann** führt aus, die Fachleute hätten festgestellt, dass die volle Halbtagschule die beste Schulform sei, die man anstreben müsse. Dieses Ziel werde man aber aus finanziellen Gründen nicht erreichen können, was aber nicht bedeuten dürfe, dass man in eine andere Richtung gehe und sich von der bisherigen Stundenzahl entferne. Seine Fraktion fordere die VGS mit einer Stundentafel, die man bisher habe, mit qualifizierten Lehrkräften. Weil das nicht der Fall sei, lehne man diese Vorlage ab.

**Herr Dr. Beisser** erklärt, seine Fraktion habe eingesehen, dass es keinen Sinn habe, Träumereien von einer vollen Halbtagschule nachzuhängen, und unterstütze die Bewerbung der Schulen, die die VGS einführen wollten. Diese Schulform komme den Frauen ent-

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

gegen, die wieder in das Berufsleben zurückkehren wollten und ihre Kinder verlässlich unterbringen müssten. Gleichzeitig werde jungen Lehrern mit dem 1. Staatsexamen der Einstieg in den Beruf ermöglicht. Die Erteilung von Fremdsprachenunterricht halte er für sinnvoll. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

**Herr Strelow** führt aus, seine Fraktion lehne nach wie vor die VGS ab, auch wenn man sehe, dass es bei vielen Eltern entsprechende Bedürfnisse gebe, weil von dem abgegangen werde, was bisher an den Schulen üblich sei. Es seien nur finanzielle Gründe, die das Land zur Einführung dieser Schulform bewege, um mit der Zeit die Schule mit einer relativ guten Unterrichtsversorgung abzuschaffen und bis zum Jahre 2004 die VGS flächendeckend einzuführen.

Man höre von vielen Pädagogen, dass sie die volle Halbtagschule begrüßten und forderten. Die Westerburgschule sei ein Beispiel dafür, dass diese Schulform gut sei und die Schüler aus sozial schwachen Schichten mit einer bestimmten Stundenzahl gefördert würden. Es könne nicht nur darum gehen, die Kinder von 8 bis 13 Uhr in der Schule zu lassen. Man müsse sich mit dieser Schulform zufrieden geben, dann aber hinnehmen, dass die Stundentafel weiter gekürzt d.h. von 45 Minuten auf 40 Minuten heruntergegangen werde und der Förderunterricht nur kurze Zeit in Anspruch nehme, wobei zum Teil die Pausen dazu genommen werden müssten. Beim Sportunterricht sehe es ebenfalls nicht gut aus. Diese Gründe seien für seine Fraktion ausschlaggebend gewesen, die Einführung der VGS in Emden abzulehnen.

**Herr Mecklenburg** erklärt, man habe in zwei Sitzungen des Schulausschusses wirklich sehr intensiv über dieses Thema diskutiert. Er habe den Eindruck, dass die heute geführte Diskussion mehr in die Anfangszeit zurückgehe und sich nicht darauf beziehe, was inzwischen an Erkenntnissen vorliege.

Man könne jetzt nach Einführung der VGS feststellen, dass überwiegend positive Signale gekommen und die Zusagen gänzlich erfüllt worden seien. Die Schule habe feste Zeiten, auf die die Eltern und insbesondere die Mütter, die berufstätig seien, sich verlassen könnten, und es gebe die Möglichkeit der freiwilligen Betreuung. Dies sei eine Chance, dass die Schule sich öffne zur Kooperation mit anderen Institutionen. Eine Möglichkeit sei z.B., dass die Musikschule Angebote machen könne. Insofern sei dies auch ein Stück weit Innovation im Schulbereich.

Das Positive sei, dass an der VGS die hundertprozentige Versorgung garantiert werde im Gegensatz zum jetzigen Zustand an den Schulen und dass es zusätzlich die 50 %ige Vertretungsreserve gebe, was auch eine Forderung seit über 20 Jahren sei. Man bekomme die Mittel für Betreuungskräfte für alle Klassen, die an der Schule vorhanden seien, und könne diese auch für zusätzlichen Unterricht im Förderbereich einsetzen.

Natürlich könne keiner bestreiten, dass dieses Konzept im Vergleich zur vollen Halbtagschule eine Verschlechterung bedeute. Es könne auch keiner bestreiten, dass das Land Niedersachsen das Geld nicht habe, um alle Grundschulen zur vollen Halbtagschule auszubauen. Es habe jetzt einen Weg eingeschlagen, bei dem an der einen Stelle Abstriche gemacht, im überwiegenden Bereich aber Verbesserungen vorgenommen würden. Es gebe drei Schulen in Emden, die diese Schulform einführen wollten, und denen sollte man den Weg nicht verbauen. Er sei davon überzeugt, dass andere Schulen folgen würden.

**Herr Hegewald** führt aus, wenn hier gesagt werde, das Land habe Wort gehalten und statte die VGS optimal aus, so liege darin die Gefahr, dass die anderen Schulen zu kurz kämen. Der Vorlage sei zu entnehmen, dass 10.000 DM für diese 3 Schulen in den Haushalt eingestellt würden. Für die restlichen Schulen müsste mindestens das Gleiche bereitgestellt werden. Er habe die Befürchtung, dass am Ende immer mehr Schulen zur VGS umgewandelt würden.

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

In der anschließenden Diskussion vertreten die **Herren Strelow** und **Hellmann** noch einmal ihre Meinung. Nach Ansicht von **Herrn Züchner** sei zwar die volle Halbtagschule der bessere Weg, aber sie müsse deshalb nicht der Feind der VGS sein. Wenn Eltern damit geholfen werden könne, sollte man sich nicht dagegen wehren.

Beschluss: Zum 01. August 2000 ist an den Grundschulen Emsschule, Schule Nesslerland und Schule Petkum/Widdelswehr im Rahmen eines Schulversuches die "Verlässliche Grundschule" einzuführen. Die schulbehördliche Genehmigung ist bei der Bezirksregierung Weser-Ems zu beantragen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 10

Punkt 26: Vorlage 13/26/2  
Verlängerung des Schulversuches "Sekundarschule" an der Hauptschule mit Orientierungsstufe Wybelsum

Beschluss: Die Verlängerung des Schulversuches "Sekundarschule" an der Hauptschule mit Orientierungsstufe Wybelsum ist beim Nds. Kultusministerium zu beantragen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 27: A n t r ä g e  
  
Vorlage T 13/1064/1  
Änderung der Entschädigungssatzung;  
Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.1999

**Herr Dr. Kleinschmidt** teilt mit, zu diesem Punkt liege eine Tischvorlage vor.

**Herr Leeker** führt aus, seit dem 01.08.1987 habe seine Fraktion erstmals wieder den Antrag gestellt, die Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder zu erhöhen. Nach Verhandlungen mit den anderen Ratsfraktionen sei ein Kompromiss erzielt worden, der von der CDU- und der F.D.P.-Fraktion mitgetragen werde.

Man habe sich bei anderen Kommunen gleicher Größe und Ausstattung informiert und festgestellt, dass z.B. in Cuxhaven, Celle und Delmenhorst ganz andere Beträge gezahlt würden, die hier in Emden überhaupt nicht zur Diskussion gestanden hätten. Gemäß § 5 ff. NGO könnten die Ratsfrauen und Ratsherren eine angemessene Aufwandsentschädigung in Anspruch nehmen, so dass diese Erhöhung durch Recht und Gesetz gebilligt sei.

Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation der Stadt Emden habe man in den letzten Jahren ein Beispiel geben wollen. Dadurch sei es allerdings zu der großen Differenz gekommen, die man bei der Umfrage habe feststellen können. Er möchte darauf hinweisen, dass die Steigerung der Lebenshaltungskosten in den letzten 12 Jahren immer mehr als 31 % betragen habe. Die heute vorgeschlagene Erhöhung der Aufwandsentschädigung liege unter 30 %.

Wenn man die vorangegangene Erhöhung aus dem Jahre 1987 überprüfe, werde man auch feststellen können, dass diese nicht mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten stand-



## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

gehalten habe. Man werde immer weiter absinken im Vergleich zur Kostensteigerung, und das habe Folgen für den Rat. In der Regel werde niemand, der im Rat mitarbeite, auf seine Zeit sehen, aber er denke auch, dass jeder irgendwann auch sein Geld sehen und überlegen müsse, ob es vertretbar sei, den Aufwand finanziell zu betreiben.

Er habe diejenigen, die am lautesten in der Öffentlichkeit gegen die Erhöhung polemisiert hätten, auch noch nie bei zeitaufwendigen Veranstaltungen wie z.B. Bildungsseminaren in Loccum oder anderen Fachtagungen gesehen.

Somit sei der Aufwand höchst unterschiedlich, und wenn man das Geschäft über längere Zeit in großem Umfange betreibe, dann ergäben sich Defizite, die unaufholbar seien. Seine Fraktion sei deshalb der Meinung, dass man diesem Kompromiss zustimmen könne, und er hoffe, dass die anderen Fraktionen sich an die Absprache hielten. Er sehe der öffentlichen Diskussion, die man nicht scheue, mit Gelassenheit entgegen.

**Herr Janßen** teilt mit, als der SPD-Vorschlag gekommen sei, habe er die Zahlen für zu hoch befunden. Den jetzt gefundenen Kompromiss halte er für angemessen und vertretbar.

**Herrn Renken** ist nicht bekannt, wie viele Ratsmitglieder Veranstaltungen in Loccum besuchten. Er selbst sei noch nicht dort gewesen. Es gebe andere Möglichkeiten, sich weiterzubilden. An diesem Punkt möchte er darauf hinweisen, dass die Mittel, die den Fraktionen zur Verfügung stünden, dafür vorgesehen seien, um ihren Mitgliedern eine solche Form der Weiterbildung zu ermöglichen.

Er möchte daran erinnern, dass der Rat zu Anfang dieser Wahlperiode grundlegende Veränderungen bezüglich der Zuschüsse für die Fraktionen beschlossen habe, und zwar einstimmig. Es handele sich um die knapp 22.000 DM, die die Fraktionen seit 1997 zusätzlich erhielten und die entsprechend der Fraktionsgröße aufgeteilt würden.

Es sei jetzt das eingetreten, was man seinerzeit zu Beginn der Haushaltskonsolidierung vorhergesehen habe, nämlich dass, sobald es Anzeichen dafür gebe, dass die Defizite zurückgingen, in der SPD diese Begehrlichkeiten geweckt würden.

Seine Fraktion sei der Auffassung, dass die heute vorgeschlagene Erhöhung, die immer noch 27 % betrage, unter den gegebenen Rahmenbedingungen einfach zu hoch sei, und kündige an, die Differenz zwischen dem Vorschlag seiner Fraktion und dem, was heute beschlossen werde, zur Verfügung zu stellen für die Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten in dieser Stadt.

**Herr Bolinius** erklärt, seine erste Reaktion sei ebenfalls gewesen, sich nicht dem Vorschlag anzuschließen. Er habe sich dann aber in mehreren gemeinsamen Sitzungen davon überzeugen lassen, dass diese Erhöhung angemessen und richtig sei. Seine Fraktion werde deshalb die Vorlage mittragen.

Herr Renken betreibe seiner Meinung nach Populismus, wenn er sage, seine Fraktion wolle diese Erhöhung spenden. Die gesamte Aufwandsentschädigung, die er, Herr Bolinius, im Jahre 1999 bekommen habe, habe er für karitative und andere Aktionen gespendet, ohne darüber ein Wort zu verlieren.

## Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage T 13/1064/1 als Anlage 1 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Emden über die Regelung des Ersatzes der Auslagen und des Verdienstausfalls der Ratsmitglieder, der Ausschussmitglieder i. S. der §§ 51 (6) und 53 NGO, der Mitglieder der Beiräte in der Stadt Emden sowie ehrenamtlich tätiger Personen (Entschädigungssatzung).

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 3

Punkt 28: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 13/1002  
Bericht über die Prüfung der Volkshochschule Emden e.V. durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden

Kenntnis genommen.

- - - - -

2. Vorlage 13/1003  
Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 1998 der Musikschule Emden e.V. durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden

Kenntnis genommen.

Punkt 29: Ehrung eines Ratsmitgliedes für über 25-jährige Ratsarbeit

**Herr Brinkmann** führt aus, wenn jemand über einen Zeitraum von mehr als 25 Jahren ehrenamtliche Tätigkeit ausübe, und man habe gerade die Bedeutung des Ehrenamtes vor Augen geführt bekommen, dann sei das schon eine enorme Leistung.

Ratsarbeit sei nicht vergleichbar mit einer Vereinsarbeit, ohne diese abwerten zu wollen, denn Ratsarbeit bedeute, für ein Ganzes verantwortlich zu sein, sich selbst einzubringen und das, was man vertrete innerhalb des Rates, auch nach außen hin zu vertreten wohlweisend, dass nicht immer einmütige Beschlüsse gefasst und die unterschiedlichen Positionen akzeptiert würden.

Man habe sich diese Aufgabe freiwillig auferlegt, indem man sich zu Beginn einer Wahlperiode per Handschlag verpflichtet habe, für das Wohl dieser Stadt einzutreten, und zwar für die Dauer einer ganzen Wahlperiode.

Es sei das zweite Mal in seiner Amtszeit, dass er die Auszeichnung eines Ratsmitgliedes, auch im Namen des Niedersächsischen Städtetages, für über 25jährige Mitgliedschaft und Mitarbeit im Rat vornehmen dürfe. Er lege die Betonung auf Mitarbeit, denn diese bedeute auch, sich aktiv in die Diskussion einzubringen.

Der heute zu Ehrende sei Herr Eiwin Scholl, dem er namens des Rates und der Verwaltung der Stadt Emden Dank und Anerkennung für seine über 25jährige umfangreiche und verantwortungsvolle Arbeit, die er ehrenamtlich im Rat der Stadt Emden und seinen Ausschüssen geleistet habe, ausspreche und eine Urkunde überreiche.

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

Außerdem übergebe er die Urkunde des Niedersächsischen Städtetages, unterzeichnet vom Präsidenten sowie vom Hauptgeschäftsführer, als Dank für die geleistete Arbeit in der kommunalen Selbstverwaltung.

Ein Ehrenamt auszufüllen setze voraus, dass auch die Familie und insbesondere die Ehefrau dahinter stehe. Er möchte sich deshalb bei Frau Scholl für ihr Verständnis, das sie der Ratsarbeit ihres Mannes über den langen Zeitraum entgegengebracht habe, bedanken und ihr einen Blumenstrauß überreichen.

**Herr Scholl** bedankt sich ganz herzlich für die Würdigung seiner bisherigen Ratsarbeit, die er weiterhin fortsetzen möchte, sofern seine Kräfte dies zuließen.

Punkt 30: Ehrung des Fördervereins van-Ameren-Bad e. V.

**Herr Brinkmann** ruft in Erinnerung, dass sich im Jahre 1993, als der Rat der Stadt Emden aufgrund der Finanzmisere sich dafür ausgesprochen habe, zwei der vorhandenen drei Freibäder zu schließen, eine Bürgerinitiative gegründet habe mit dem Ziel, die Schließung des van-Ameren-Bades zu verhindern. Auf das maßgebliche Betreiben von Frau Frauke Meyer habe im August 1993 die Gründungsversammlung des Fördervereins van-Ameren-Bad e.V. stattgefunden. Im Frühjahr 1994 sei in außerordentlicher Sitzung ein Wechsel im Vorstand erfolgt.

Ebenfalls im Frühjahr 1994 sei der erste Nutzungsvertrag zwischen der Stadt Emden und dem Förderverein für die anstehende Sommersaison geschlossen worden. Seitens des Vereins sei der Vertrag unterschrieben worden vom 1. Vorsitzenden, Herrn Helmut Müller, und der 2. Vorsitzenden, Frau Gabriele Mälzer.

Die Freibadsaison 1994 sei erstmals unter der Trägerschaft des Fördervereins durchgeführt worden. Ende 1994 sei die Laufzeit des Vertrages um 5 Jahre verlängert worden, und im Herbst d.J. sei eine weitere Verlängerung um 10 Jahre bis zum 31.12.2009 erfolgt, um dem Verein die Möglichkeit zu geben, langfristig Investitionen vornehmen zu können.

Der Verein - und das sei die eigentliche Leistung - komme für sämtliche mit dem Betrieb des Bades zusammenhängenden Kosten (Betriebskosten, Gebühren, Beiträge usw) auf. Die Badeaufsicht werde durch saisonal angestelltes Personal sichergestellt. Die Gartenarbeiten und die Reinigung während der Saison würden vergeben. Kassiert werde von ehrenamtlich Tätigen. Ein Badetag verursache Kosten in Höhe von 1.800 DM bis 2.300 DM.

Zur Modernisierung und Instandsetzung würden jährlich 100.000 DM bis 150.000 DM investiert so z.B. für die Auskleidung des Schwimmbeckens mit einer Folie, für neue Umwälzpumpen und Renovierungen im Sanitärbereich. Mit Aktionen wie Abendschwimmen, Modenschauen, Mitsommernachtspartys oder Schulschwimmen werde die Attraktivität des Bades erhöht.

Es würden jährlich 2.500 bis 3.000 ehrenamtliche Arbeitsstunden geleistet. Die Finanzierung der Ausgaben erfolge über Eintrittsgelder, Vereinsbeiträge, Spenden, Sponsorengelder und Werbeeinnahmen. Von der Stadt Emden gebe es keine Zuschüsse d.h. das van-Ameren-Bad sei aus dem städtischen Haushalt gestrichen.

Der Förderverein habe derzeit ca. 1.750 Mitglieder. Der Vorstand, der heute komplett hier erschienen sei, setze sich wie folgt zusammen:

1. Vorsitzender	Wilhelm Brüning
2. Vorsitzende	Sonnhild Pallesen
Kassenwartin	Anna Wilts

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

Pressespecherin	Rica Brons
Schriftwart	Udo Luitjens
Techn. Vorstand	Peter Kurzak
Marketing Vorstand	Helmut Ehrenreich

Dem ehrenamtlichen Einsatz des Fördervereins verdankten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emden, dass ihnen mit dem van-Ameren-Bad das älteste und traditionsreiche Emdener Freibad erhalten geblieben sei. Der Verein setze ein Zeichen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, wie durch ehrenamtliches Engagement Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft kostengünstig, qualitativ hochwertig und immer im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erledigt werden könnten.

Für die Zukunft habe sich der Förderverein zum Ziel gesetzt, die Sanierung des Bades fortzusetzen. Dabei werde u.a. über eine neue große Wasserrutsche und den Einbau einer neuen modernen Filtertechnik nachgedacht.

Er möchte dem Förderverein van Ameren-Bad e.V. in Anerkennung seiner Verdienste um den Erhalt und den Betrieb des van-Ameren-Bades die Ratsmedaille in Gold mit Urkunde überreichen und ihm für seine weitere Arbeit viel Erfolg wünschen. Stellvertretend für den gesamten Vorstand überreiche er Frau Anna Wilts, die seit Bestehen des Vereins als Kassenswartin fungiere, einen Blumenstrauß.

**Herr Wilhelm Brüning**, 1. Vorsitzender des Fördervereins, bedankt sich im Namen des Vorstandes für diese Auszeichnung, mit der die ehrenamtliche Arbeit des Vereins gewürdigt werde. Man freue sich darüber, dass die Stadt diesen Schritt gemacht habe, denn bekanntlich sei die Zusammenarbeit nicht immer von Harmonie geprägt gewesen, inzwischen aber auf ein gutes Gleis gekommen. Man habe anfangs häufig die Schwierigkeit gehabt, den ehrenamtlich Tätigen und den Vereinsmitgliedern nahe zu bringen, dass die Stadt Emden lange Zeit kein Geld gehabt habe und auch heute noch nicht so bestückt sei, um Zuschüsse zu gewähren. Es sei deshalb von Anfang klar gewesen, dass man es aus eigener Kraft schaffen müsse.

Man nehme die Ehrung dankend an verbunden mit der Hoffnung, dass Rat und Verwaltung der Stadt Emden den Verein auch in Zukunft begleiten. Der Verein erwarte keine finanziellen Zuwendungen, würde sich aber trotzdem über jede Zuwendung freuen. Das ganze Unternehmen wäre nie möglich gewesen ohne die unermüdliche Tatkraft der vielen Helfer, die man eigentlich hätte mitbringen müssen, insbesondere auch Frauke Meyer. Der Verein werde alles daransetzen, um in diesem Sinne weiterzumachen.

Anfragen der Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

Eine Mitarbeiterin des Krankenhauses geht bezüglich TOP 16 auf die ihrer Meinung nach zu späte Information des Personalrates ein. Herr Brinkmann wiederholt in groben Zügen seine zu diesem Punkt gemachten Ausführungen.

**Herr Dr. Kleinschmidt** richtet zum Abschluss des Jahres folgende Worte an die Versammlung:

"Rat und Verwaltung haben im abgelaufenen Jahr gute Arbeit geleistet und manches auf den Weg gebracht. Angesichts der leicht positiven Entwicklung nicht nur der Finanzen, sondern des Stadtgeschehens insgesamt - ich denke dabei auch an die vielen Baustellen in der Stadt - macht es wieder richtig Spaß, im Rat der Stadt mitzuarbeiten."

## **Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999**

---

So gehen wir also hoffnungsvoll in das nächste Jahr, Jahrzehnt, Jahrhundert und Jahrtausend, auch wenn wir nach der Meinung einiger Genaurechner eigentlich noch ein Jahr warten müssten; aber die runde Zahl 2000 klingt einfach so gut. Machen wir also etwas daraus, auch wenn die beiden Nullen noch Überraschungen in sich bergen könnten.

Und Ihnen, meine Damen und Herren von Rat und Verwaltung, möchte ich persönlich Dank sagen. Sie haben mir die Wahrnehmung der Aufgabe des Sitzungsvorsitzes leicht gemacht. Dank sage ich auch allen, die uns immer geholfen haben, den Mitarbeitern des Ratsbüros und anderen in der Verwaltung, besonders aber Frau Pientka, die immer Ruhe und Souveränität ausstrahlt, sowie schließlich auch der Presse, die unsere Arbeit sachlich und fair begleitet hat.

Ich wünsche Ihnen allen frohe Weihnachtsfeiertage und ein gutes Neues Jahr."

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.50 Uhr.